



Beschlussvorlage

Amt: Amt für Stadtplanung

TOP: _____

Vorl.Nr.: V/2007/0696

Anlage Nr.: _____

Datum: 24.04.2007

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Umweltschutz, Dorfgestaltung, Denkmalschutz	12.06.2007	öffentlich

Tagesordnung

Ortsumgehung Uckerath

Bürgeranträge von Herrn Knüttgen, Herrn Dr. Wennemer, Herrn Luft, Herrn Hospes, Frau Kinder, der BNU e.V., Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Bürgerantrag der Bürgerinitiative "Ja zur Ortsumgehung Uckerath", Bürgerantrag von Herrn Schubert

Beschlussvorschlag

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Begründung

Die o.a. Anträge wurden zuletzt am 30.11.2006 in diesem Ausschuss im Rahmen einer ausführlichen Diskussion erörtert, eine abschließende Beschlussfassung zu den Anträgen erfolgte jedoch zum damaligen Zeitpunkt nicht. Die Anträge sind in der Anlage nochmals abgedruckt, bezüglich der einigen Anträgen beiliegenden Unterschriftslisten und Anlagen wird auf die Einladung zur Sitzung vom 30.11.2006 verwiesen. In der Zwischenzeit ist ein weiterer Bürgerantrag zu diesem Thema eingegangen (Antrag des Herrn Schubert, gem. Beschluss vom 19.03.2007 des Haupt- Finanz- und Beschwerdeausschuss in diesen Ausschuss verwiesen, siehe Anlage).

Nach den Erörterungen im Ausschuss für Umweltschutz, Dorfgestaltung und Denkmalpflege war das Thema jetzt auch mehrfach Beratungsgegenstand im Rat der Stadt Hennef, so dass die weitere Vorgehensweise in diesem Gremium festgelegt wurde. Die Bedenken der Antragsteller gegenüber den „kleinen“ Umgehungen, insbesondere gegenüber der seitens des Bau- lastträgers favorisierten Variante 4 m, wurden in den Ausschüssen geteilt. Aus diesem Grund nimmt die Stadt Hennef erneut die Verhandlungen auf und setzt sich für eine großräumigere Umgehung ein.

In den Beratungen im Rat mit den Vertretern des Landesbetriebs Straßenbau (LBS) kristallisierte sich heraus, dass hierfür zunächst noch eine wesentliche Grundvoraussetzung geschaf-

fen werden muss. In einem ersten Schritt muss der LBS seitens des Ministeriums den Planauftrag für eine erweiterte, d.h. großräumigere Variante erhalten.

Der Rat hat daher am 26.03.2007 den entsprechenden Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird beauftragt, beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung vorstellig zu werden um einen Planauftrag für eine erweiterte Variante 5 zu erwirken“.

Ein entsprechender Termin des Bürgermeisters befindet sich in Abstimmung. Nach vorliegen des Gesprächsergebnisses wird das Thema erneut im Rat der Stadt Hennef erörtert werden.

Hennef (Sieg), den 24.04.2007

In Vertretung

F. Schmidt

Techn. Beigeordneter